

April 2006

Sonderausgabe
16. Legislatur



Sonderausgabe zum Bundeswehreinsatz in der DR Kongo

Liebe Freundinnen und Freunde,

Bündnis 90/Die Grünen sind bekannt für Pluralismus unter einem Dach. Auch in der Frage der anstehenden Bundestagsentscheidung zu einem Bundeswehreinsatz im Kongo werden in der grünen Fraktion differenzierte Meinungen diskutiert. Daher finden sich in dieser Sonderausgabe des Südwest Grün nur zwei Beiträge mit gegensätzlicher Sichtweise zum Einsatz. Als Befürworterin des Einsatzes vertritt Uschi Eid Argumente die dafür sprechen, die Gegenposition wird von mir vertreten.

Nach Ostern erhaltet ihr wieder die reguläre Ausgabe von Südwest Grün, mit Berichten zum politischen Stand der Dinge aus den einzelnen baden-württembergischen Abgeordnetenbüros.

Ich wünsche Euch eine informative Lektüre.

Euer Alex Bonde

INFOKASTEN

Zum aktuellen Stand der Dinge: Mit dem Beschluss des Rates für Allgemeine Angelegenheiten vom 23. März 2006 folgt die EU einem Ersuchen der Vereinten Nationen und Kofi Annans, des Generalsekretärs der UN. Dieser Beschluss sieht vor, ab Mai 2006 Truppenkontingente aus 12 EU-Mitgliedstaaten in den Kongo zu entsenden. Diese Soldaten sollen in der Demokratischen Republik Kongo die ersten freien Wahlen nach dem Bürgerkrieg militärisch absichern.

Die Bereitschaft zum Einsatz steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung nationaler Parlamente. So steht die Billigung durch den deutschen Bundestag noch aus: Das Parlament in Berlin wird erst Anfang Mai entscheiden. So sollen Deutschland und Frankreich den größten Teil des rund 1500 Männer umfassenden Kontingentes stellen - davon allein die Bundeswehr ca. 500 Soldaten. Das Führungskommando dieses Einsatzes soll die EU von Potsdam aus unter multilateraler Beteiligung koordinieren. Der Einsatz würde räumlich auf Kinshasa beschränkt und zeitlich lediglich auf vier Monate um den Wahltermin am 18. Juni 2006 begrenzt sein. Die Mission diene in erster Linie dem Schutz der Wahlbeobachter und anderer ziviler Personen, der Sicherung des Flughafens und der Unterstützung der bereits anwesenden UN-Soldaten in Krisensituationen.

Die EU hatte erstmals im Sommer 2003 mit der "Operation Artemis" militärisch in Kongo eingegriffen. Damals ging es unter französischer Führung in der ostkongolesischen Provinz Bunia um die Verhinderung von Massakern. Es handelte sich damals um den ersten selbstständigen EU-Militäreinsatz. Daran nahmen 1850 Soldaten aus neun Ländern teil.

Die im Juni anstehenden Wahlen haben weit über den Kongo hinaus große Bedeutung für die Stabilität und die Demokratisierung in Zentralafrika. Sollte nach dem erfolgten Wahlgang ein politischer Neubeginn in Gang gesetzt werden, kann das ein Ausgangspunkt für die dauerhafte Friedenssicherung in der Region sein.



Alex Bonde

Falscher Einsatz für ein richtiges Ziel

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind für die weitere Entwicklung der Demokratischen Republik Kongo (DRK) von entscheidender Bedeutung. Auch ich wünsche mir, dass Deutschland mehr Verantwortung für Afrika übernimmt und den Stabilisierungsprozess im Kongo mit aller Kraft vorantreibt. Ich bin aber überzeugt, dass der geplante Bundeswehreininsatz dafür nicht der richtige Beitrag ist. Dem geplanten Einsatz der Bundeswehr in der DRK stehe ich kritisch gegenüber.

Als Partei haben wir lange um die Linie in der Außen- und Sicherheitspolitik gerungen. Nach diesem langen und intensiven Diskussionsprozess haben wir erkannt, dass in einzelnen Fällen auch ein militärischer Einsatz für eine verantwortliche Friedenspolitik notwendig und richtig sein kann. Wir müssen aber mit viel Bedacht den Einsatz von Militär diskutieren – und: wir müssen stark aufpassen, nicht in einen Automatismus für militärische Einsätze hineinzurutschen. Grüne Außen- und Sicherheitspolitik setzt voraus, jeden Einsatz von Militär in jedem Einzelfall kritisch und unter allen Aspekten zu beurteilen. Die Kriterien „dringender Handlungsbedarf“ und „Mandat der Vereinten Nationen“ dürfen eben nicht ohne weiteres automatisch zur Antwort „Entsendung der Bundeswehr“ führen.

Mangelhaftes Einsatzkonzept

Die EU-Mission soll, so die Regierung, die Hauptstadt Kinshasa stabilisieren, indem die militärische Präsenz Abschreckung erzeugt. Von den 1.500 Soldaten sollen jedoch lediglich 200 bis 500 in Kinshasa selbst stationiert werden, der Rest bleibt in benachbarten Ländern oder für Evakuierungsmissionen gleich in Deutschland. Von den in der DRK stationierten Soldaten wird der Großteil jedoch am Flughafen bzw. zur Unterstützung im

Hauptquartier bleiben. Je nach Konzept sind demnach maximal 200 Soldaten im direkten Kontakt mit den 6-8 Millionen Einwohner Kinshasas. Ob dies eine nennenswerte militärische Abschreckung sein kann, ist mehr als fraglich.

Ergebnis ist für mich ein Lippenbekenntnis und damit reine Symbolpolitik.

Es drängt sich der Verdacht auf, die EU wolle ihre europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in einem Präzedenzfall international unter Beweis stellen. Auf Initiative der Franzosen hat die Bundesregierung unter anderem darauf verzichtet, auf NATO-Ressourcen zurückzugreifen (sog. „Berlin Plus“ Abkommen). Die in Kinshasa gehisste Flagge soll europäisch sein. Die Vereinten Nationen wollten jedoch Hilfe, keine Truppenparade.

Das Einsatzkonzept weist viele Schwachpunkte auf. Wenn die EU-Minitruppe keine abschreckende Wirkung erzeugen und es zu Unruhen kommen würde, bliebe nur die Evakuierung der Soldaten. In Somalia mussten die Amerikaner erfahren, welches Debakel dies für die Wirkung und Glaubwürdigkeit von Stabilisierungseinsätzen für Jahre bedeuten kann. Wenn in den wirklich unruhigen Teilen des Landes Unruhen ausbrechen, die von der bestehenden MONUC-Truppe (17.000 UN-Soldaten) nicht unter Kontrolle gebracht werden können, stehen wir vor der Wahl, entweder unsere Mission auf das Umland auszudehnen und die Soldaten damit zu überfordern, oder sie aus dem sicheren Kinshasa zusehen zu lassen, während der Konflikt im Land eskaliert.

Zudem geht es der Regierung offenkundig auch nicht um das Ergebnis der Mission, sondern dar-



Vor dem UNO
Hauptquartier in
Kinshasa

um, irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Denn der Einsatz der Bundeswehr soll eben unabhängig von der Situation im Land nach ca. vier Monaten abgezogen werden. „End of date“ statt „End of state“, so die Losung unseres Verteidigungsministers. In welcher Situation wir das Land verlassen ist irrelevant.

Fähigkeiten und Kapazität der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist aufgrund ihrer Kapazität und derzeitigen Struktur nur schwer in der Lage, den Einsatz zu leisten.

Seit mehreren Jahren befindet sich die Bundeswehr in der Transformation. Sie soll umgebaut werden von einer Armee des Kalten Krieges, die einen hochgerüsteten Gegner im eigenen Land abwehren sollte, hin zu einer modernen Streitkraft, die auch international im Auftrag der Vereinten Nationen bei der Stabilisierung von Krisengebieten helfen kann und dort mit Aufgaben wie der Krisenprävention ein völlig anderes Einsatzspektrum vorfindet.

Die Ressourcen, die für diesen Teil der Bundeswehr aufgewendet werden, sind immer noch viel zu groß. Die Bundeswehr ist nicht finanziell zu schlecht ausgestattet, sondern setzt ihre Schwerpunkte falsch. Dennoch, die Bundeswehr befindet sich seit Jahren mit 6.000 bis 10.000 Soldaten dauerhaft in neun Missionen im Auslandseinsatz und ist einer der größten Truppensteller der Vereinten Nationen. Diese Dauerbelastung bindet einen großen Teil der Armee und verzögert die notwendige Reform. Stellungnahmen z. B. des Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbands oder der aktuelle Bericht des Wehrbeauftragten sowie die diesbezüglichen Reaktionen und Stellungnahmen der Bundestagsfraktionen sagen in aller Deutlichkeit, dass die Bundeswehr seit Jahren personell und materiell am Limit operiert. Ein weiterer Einsatz lässt dies außer Acht.

Politische Gesamtstrategie

Wir Grünen haben eine breiten Sicherheitsbegriff: grüne Sicherheitspolitik ist eben nicht nur Militäreinsatz, sondern ein stimmiges Gesamtkonzept zwischen militärischen Mitteln, ziviler Zu-

sammenarbeit und Konfliktprävention, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie. Auch für die DR Kongo benötigt die Bundesregierung eine Gesamtstrategie, die bisher leider nicht erkennbar ist.

Zwar finanziert Deutschland die MONUC-Mission mit (deutscher Anteil z. Z. 84 Mio € jährlich) und beteiligt sich an vielen Initiativen und Institutionen vor Ort. Aber dies ist bisher Stückwerk. Der rote Faden ist schwer zu erkennen, und der geplante Einsatz ersetzt diesen nicht.

Afrika-Experten begrüßen, dass Deutschland sich für die DRK einsetzt. Aber im Detail wird viel Kritik laut: Deutschland spielt keine aktive Rolle im Bereich der Neuregistrierung der Wähler, die ursprünglich den Wahlprozess boykottierten. Die Anhänger einiger Oppositionsparteien könnten damit eingebunden werden. Das hätte insbesondere für Kinshasa eine stabilisierende Wirkung, da es dort viele Anhänger dieser Gruppierungen gibt. Kritik gibt es außerdem, da es in der DRK kein Konzept für flächendeckende Wahlbeobachter gibt.

Mein Fazit: Mit diesem Einsatz ist der Bevölkerung der Demokratischen Republik Kongo nicht geholfen. Ich bin überzeugt: mit Soldaten macht man keine Symbolpolitik. Mehr als ein Symbol ist der diskutierte Einsatz in seiner von den Regierungen vereinbarten und zur Abstimmung stehenden Form aber nicht. Gerade wir Grüne müssen uns dafür stark machen mehr für Afrika zu tun. Das setzt eine Afrika-Politik voraus, die den Namen verdient. Und das heißt eine wirkungsvolle Unterstützung der DR Kongo. Wichtig ist mir, dies mit den geeigneten Instrumenten zu tun. Nicht mit Militär um jeden Preis. Sondern mit allen Mitteln, die uns Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie gibt. Ich bin überzeugt: Die geschätzten 70-80 Millionen €, die der Kongo Einsatz Deutschland kosten würde könnten wir für die Menschen in der Bürgerkriegsregion weit wirkungsvoller einsetzen.

Uschi Eid

Den Friedensprozess nicht gefährden

In der Demokratischen Republik Kongo sollen voraussichtlich Ende Juni diesen Jahres die ersten freien demokratischen Wahlen seit mehr als vier Jahrzehnten stattfinden. Sie könnten das Ende der 40 Jahre andauernden und immer wieder aufflammenden Kampfhandlungen und Auseinandersetzungen zwischen ökonomischen Konkurrenten und ethnischen Gruppen bedeuten. Jahrzehnten der blutigen Diktatur unter Mobutu folgte von 1998 bis 2003 ein blutiger Bürgerkrieg, der mehr als 3,8 Millionen Menschenleben forderte und nicht nur den Kongo selbst, sondern auch die gesamte Region der Großen Seen destabilisiert hat.

Die anstehenden Wahlen sind deshalb ein entscheidender Meilenstein im bisherigen kongolischen Friedensprozess, der 2003 mit der Bildung einer Allparteien- und Übergangsregierung durch die bis dahin verfeindeten Bürgerkriegsmilizen zaghafte begonnen hat. Dieser Friedensprozess ist fragil, er ist langwierig und er ist momentan noch von zahlreichen Defiziten gekennzeichnet: Die Demobilisierung der verschiedenen Milizen und Reintegration der Soldaten hat bisher kaum stattgefunden, vor allem im östlichen Teil des Kongos agieren weiterhin militante Gruppen, die um politischen Einfluss und Bodenschätze kämpfen, die Zivilbevölkerung drangsalieren und ethnische Konflikte anheizen. Von einem staatlichen Gewaltmonopol zu sprechen, wäre verfrüht. Der Aufbau von Polizei und einer einheitlichen kongolischen Armee hat begonnen, beide aber sind noch schwach.

Fraglos ist vor diesem Hintergrund eine präzise Mandatsdefinition für die europäische Unterstützungsmission notwendig.

Aber für die weitere Entwicklung des Landes wie auch für die Stabilisierungschancen der ganzen Region sind die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von entscheidender

Bedeutung. **Sie sind notwendiger Schritt und zugleich Risikofaktor.** Es geht darum, den noch fragilen Friedensprozess unter Führung einer demokratisch gewählten Regierung fortzuführen und ihn unumkehrbar zu machen. Und es geht darum, die Wahl abzusichern, d.h. Aufstände und Rebellionen von Wahlverlierern zu verhindern und mögliche Unruhestifter durch erhöhte Präsenz abzuschrecken. Dem kriegstraumatisierten Land und seinen 55 Millionen Einwohnern bietet sich mit den Wahlen eine realistische Chance, den Weg in Richtung Demokratie und Frieden weiter zu gehen. Dass sie diesen Weg trotz aller Widrigkeiten im Friedensprozess beschreiten will, hat die kongolische Bevölkerung bereits im vergangenen Jahr mit einem beeindruckenden Verfassungsreferendum, an dem 60% der Wahlberechtigten teilnahmen, gezeigt. Nun können sich die Kongolesen erstmals nach 40 Jahren aktiv am politischen Prozess beteiligen und ihre Erwartungen an die Wahlen sind hoch. Sie müssen ermutigt und gestärkt werden – auch darin besteht eine der Kernaufgaben der "Wahlsicherung". Dass nämlich ihre Stimme zählt und das Wahlergebnis nicht gewaltsam in Frage gestellt wird, auch dafür steht die erhöhte Präsenz internationaler Truppen, für die sich im übrigen auch die unabhängige kongolische Wahlkommission ausgesprochen hat.



Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Bisheriges Engagement fortsetzen

Trotz aller Widrigkeiten sind Erfolge beim Konsolidierungsprozess im Kongo zu verzeichnen. Und sie sind vor allem der bisherigen Präsenz und Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft zu verdanken. Sie hat seit 1999 viel in diesen Friedensprozess investiert und mit der MONUC, der bisher größten Friedens- Mission der VN zum Aufbau staatlicher Strukturen beigetragen. Die derzeit im Kongo stationierten 17.000 UN-Soldaten zu diesem entscheidenden Wahlzeitpunkt durch eine EU-Interims-Mission zu unterstützen sowie einen transparenten und fairen Ablauf der Wahlen zu sichern, ist in diesem Sinne konsequente Fortführung des europäischen und auch deutschen Engagements.

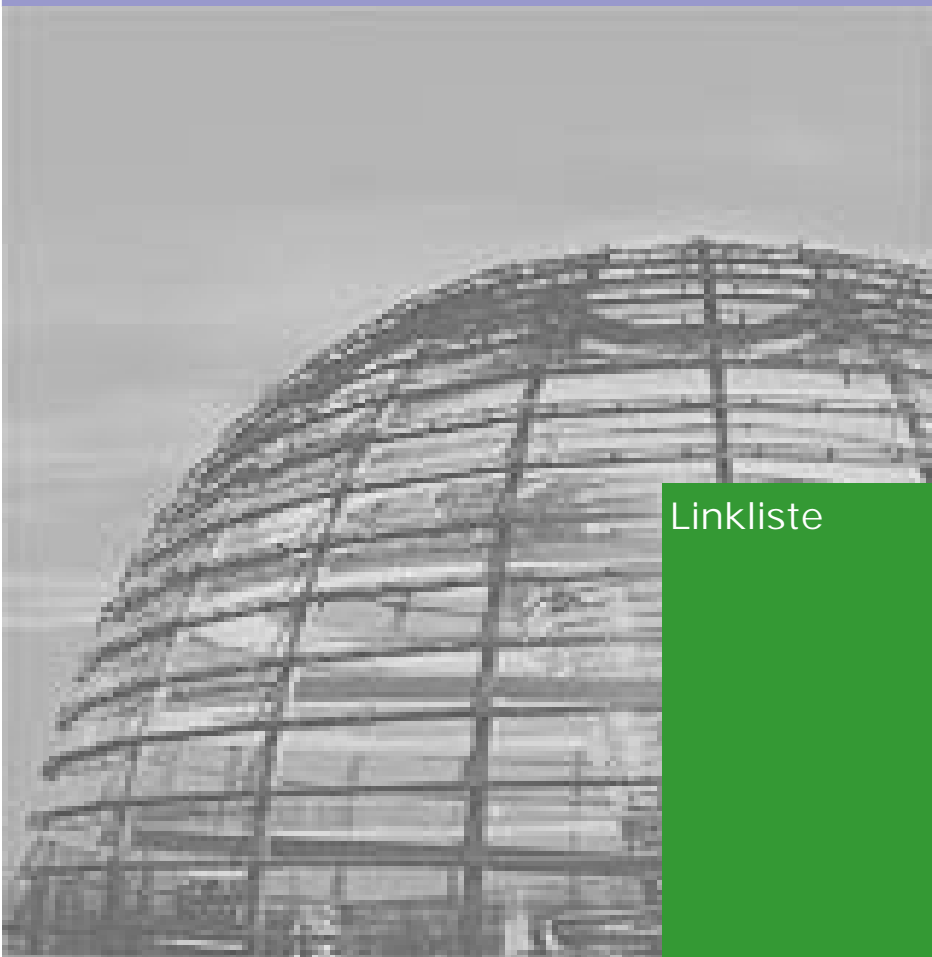
Allein Deutschland hat sich in diesem Jahr mit rund 80 Mio. Euro bilateraler Entwicklungshilfe sowie an den Ausgaben des Entwicklungsfonds und der Weltbank, und mit einem beachtlichen Anteil (1,2 Mrd. Euro) an der Finanzierung der MONUC beteiligt. Auch diese bisherigen friedenspolitischen Investitionen - mit immensem entwicklungspolitischen Beitrag von deutscher Seite im Bereich Zivilgesellschaft, Wasserver- und entsorgung, Gesundheit und Umwelt - wie auch die erreichten Fortschritte im kongolesischen Friedensprozess dürfen nun in diesem kritischen Moment der Wahlen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Selbstverständlich muss ein EU-Mandat im Kongo mit deutscher Beteiligung durch weitere politische Maßnahmen flankiert werden, die den friedlichen Verlauf der Wahlen ermöglichen und einen dauerhaften Demokratisierungsprozess unterstützen. Von der Stabilisierung des Kongo hängt die friedliche Zukunft einer gesamten Region ab: stürzt dieses zentralafrikanische Schlüsselland ins Chaos, so hätte dies fatale Folgen für die politische Entwicklung der Region der "Großen Seen", insbesondere der Nachbarländer Ruanda, Uganda und Burundi. Auch diese

haben bereits ausdrücklich einen EU-Einsatz zur Sicherung der Wahlen befürwortet. Aber genau dafür setzen wir uns seit langem ein.

Besonders hier greift die bisherige Diskussion um den Kongo-Einsatz - wie sie in Deutschland geführt wurde - zu kurz. Sie ist dort richtig, wo es um die Forderung geht, den Einsatz in eine übergreifende außen- und sicherheitspolitische Strategie für den afrikanischen Kontinent einzubetten.

Wir haben stets unsere besondere Verantwortung gegenüber dem afrikanischen Nachbarkontinent und für die Entwicklung Afrikas im Rahmen einer partnerschaftlichen Politik, die Entwicklung, Sicherheit und Frieden fördern und die afrikanischen Länder hierbei unterstützen möchte, betont. Dies können und dürfen nicht nur Worte bleiben. Der Einsatz ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt alternativlos, er ersetzt nicht, sondern ergänzt und sichert in sinnvoller Weise unser bisheriges Engagement für die Befriedung und Stabilisierung des Kongo. Der Einsatz der Bundeswehr in der europäischen Interimsmission kommt der Unterstützungsbitte der Vereinten Nationen nach und ist - mit klar formuliertem, zeitlich begrenztem Mandat und nach sorgfältiger Risikoabwägung - auch Ausdruck GRÜNER außen- und friedenspolitischer Vernunft. Deren Leitziel muss die Unterstützung der friedlichen Entwicklung und der Ausbau der Partnerschaft mit Afrika sein - dazu gehören substanzielle Beiträge im Rahmen der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft.



Linkliste



Kerstin Andreae

Mitglied im Finanzausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Rita Maria Lienesch
 (Büroleitung), Claudio Struck
 (Finanz- und Kommunalpolitik),
 Tel. 030/227-71480, Fax -76481
kerstin.andreae@bundestag.de
www.kerstin-andreae.de
 Wahlkreis: Per Klabundt, Holger
 Haslacher Str. 61, Freiburg,
 Tel. 0761/88867-13, Fax -14

Biggi Bender

Mitglied im Ausschuss für Gesund-
 heit und Soziales
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Annette Rausch
 (wissenschaftliche Mitarbeiterin),
 Astrid Spiegel (Büroleitung),
 Tel. 030/227-71667, Fax -76667
birgitt.bender@bundestag.de
www.biggi-bender.de,
 Wahlkreis: Sandra Weber
 Hermannstr. 5a, Stuttgart,
 Tel. 0711/26346177, Fax 6151725



Alexander Bonde

Mitglied im Haushaltsausschuss und
 Verteidigungsausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Jutta Albrecht (Haushalt),
 Thorsten Arzbach (Verteidigung),
 Benke, Bielawski, Paschedag ,
 Tel. 030/227-71691, Fax. -76991
alexander.bonde@bundestag.de
www.alexander-bonde.de
 Wahlkreis: Marco Dieterle, Karl-
 Friedrich-Str. 40, Emmendingen,
 Tel. 07641/954545, Fax. 954546





Uschi Eid

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Cordula Hamschmidt
(Globalisierung/Entwicklungspolitik),
Nina Odenwälder (Büroleitung)
Tel. 030/227-71575, Fax -76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de
Wahlkreis: Astrid Linnemann
Plochinger Str. 8, 72622 Nürtingen
Tel. 07022/37234, Fax 07022/37321
uschi.eid@wk.bundestag.de



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung), Boris
Dehler, Marianne Tritz, Astrid Evert
(wissenschaftliche Mitarbeit), Sandra Volkmann,
Caroline Junge (Büro)
Tel. 030/227-71897, Fax -76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de
Wahlkreis: Irene Gebauer
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,



Winfried Hermann

Sportausschuss, Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt)
Michael Baumbach (Sport), Derek
Ladewig (Verkehrspolitik)
Tel. -71949, Fax -76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de
Wahlkreis: Jenny van Heeswijk,
Chris Kühn, Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax. 252757



Sylvia Kotting Uhl

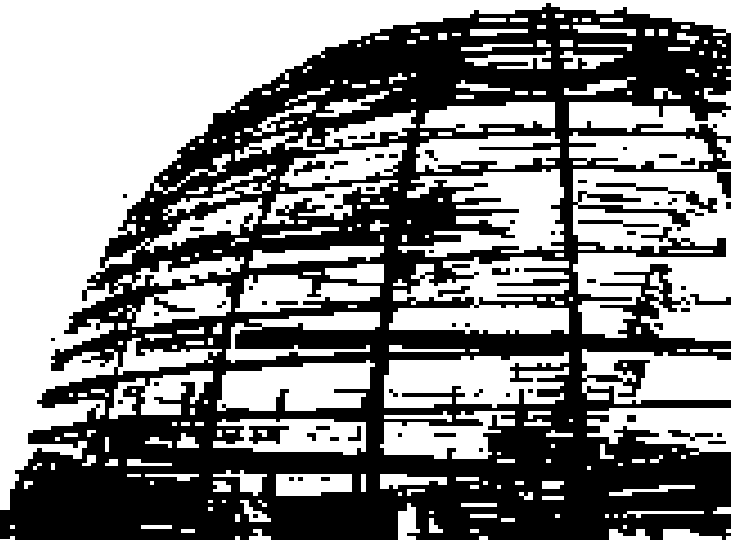
Mitglied im Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit,
Mitglied im Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Jörg Kaschubowski,
Michael Weltzin
Tel. 030/227-74742, Fax -76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de
Wahlkreis 1: Inge Behner
Hauptstr. 41, Neckargemünd
Wahlkreis 2: Ulrike Maier
Sophienstr. 58, Karlsruhe



Gerhard Schick

Mitglied im Finanzausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Philipp Bohle, Claudia
Tober (wissenschaftliche Mitar-
beit) Kirsten Schiller (Büroleitung)
Tel. 030/227-74535, Fax -76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net
Wahlkreis:
Thomas Hornung, Damian
Wiensch
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 06214017252 Fax. -8469

MEHR
UNTER
WWW.GRUENE-
FRAKTION.DE



Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

SÜDWEST GRÜN wird via Internet als pdf-Datei versandt - die Datei kann einfach mit Acrobat Reader geöffnet werden. Diesen elektronischen Rundbrief dürft ihr gern an andere Interessierte, Freundinnen und Freunde weiterleiten.

Wer **SÜDWEST GRÜN** regelmäßig beziehen will und noch nicht im Verteiler ist, kann sich durch eine Mail an: alexander.bonde@bundestag.de aufnehmen lassen.

Ein einfaches „In den Verteiler **SÜDWEST GRÜN**“ im Betreff reicht aus. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von **SÜDWEST GRÜN** und weitere Informationen über die Landesgruppe BadenWürttemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind demnächst auch im Internet zu bekommen unter:

www.suedwestgruen.de oder www.landesgruppe-bawue.de.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Ihr seid unser wichtigstes Bindeglied nach Hause. Für uns ist es wichtig zu wissen, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in ständigem engen Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin.

Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Alexander Bonde, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Ulrike Paschedag

Telefon: 030/227-71691

Fax: 030/227 76991

E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de

<http://www.alexander-bonde.de>



Bundestagsfraktion